

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

4.7.1929 (No. 152)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. Nr. 14
Varnspracher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Klenz,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inzerent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Landtagswahlen 1929

Das Badische Staatsministerium hat als Wahltag für die Wahlen zum Badischen Landtag Sonntag, den 27. Oktober 1929 bestimmt.

Lloyd George wünscht Abrüstung und Räumung

Im Unterhaus erklärte Lloyd George, daß die Liberalen vor allem für die allgemeine Abrüstung eintreten würden. Er warnte davor, etwa mit Amerika ein Sonderabkommen über die Flottenabrüstung zu treffen. Damit würde Macdonald das gleiche Schicksal heraufbeschwören, das über den englisch-französischen Vertrag des vorigen Jahres hereingebrochen sei. Die Abrüstung müsse die Abschaffung des Unterseebootes anstreben, und die englische Regierung müsse feierlich die Forderung der Chamberlain gemacht habe, zurücknehmen, wonach ausgebildete Meereskräfte nicht in die abzurückende Heeresstärke eingezogen seien. Würden die Meereskräfte nicht in die Abrüstung einbezogen, so bleibe die Abrüstung eine Farce, und man löse das Deutschland 1919 gegebene Wort nicht ehrlich ein, wonach die Alliierten auch abzurüsten würden.

Die Reparationsfrage streifend, erklärte Lloyd George, daß er es lebhaft bedauere, daß man im vorigen September die Rheinlandfrage und Reparationsfrage in kausalen Zusammenhang gebracht habe. Er als einer der Verfasser des Friedensvertrages wisse, daß das Rheinland schon seit langem hätte geräumt werden müssen, daß 1919 als Rheinlandräumung der Zeitpunkt vorgesehen worden sei, an dem Deutschland ernstlich mit der Erfüllung des Friedensvertrages einen Anfang gemacht habe. Niemals werde behauptet werden können, daß Deutschland nicht bereits seit Jahren auch seine Reparationsverpflichtungen wie alle anderen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag erfüllte. Er freute sich, daß die Regierung zugefagt habe, das Rheinland zu räumen, und gewonnen sei einen Druck auf die anderen Alliierten auszuüben, nimmere gleichfalls diese längst fällige Verpflichtung einzulösen.

Der erste Konflikt zwischen Regierung und Opposition in England

Im Unterhaus kam es zum ersten Konflikt zwischen der neuen Regierung und der Opposition, da sowohl Baldwin wie Lloyd George einen von Macdonald eingebrachten Antrag bekämpften, der darauf hinausläuft, daß bis Weihnachten die Zeit des Parlamentes ausschließlich für die Vorlagen der Regierung vorbehalten bleibe unter Beiseitestellung aller von Mitgliedern des Hauses eingebrachten Vorlagen. Der Antrag wurde darauf hin von Macdonald sofort zurückgezogen und soll später in veränderter Form erneut zur Vorlage gelangen.

Thomas sprach dann im Namen der Regierung ausführlich über die von ihm geplanten Maßnahmen betr. Arbeitszeit. Er erklärte u. a., er sei entschlossen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die dazu führen könnten, daß an Stelle von Auslandswaren britische Erzeugnisse zum Verbrauch gelangten. Den Eisenbahngesellschaften sei eine Reihe von Plänen zur Begünstigung unterbreitet worden, in denen u. a. die Elektrifizierung der verschiedenen Linien, der Ausbau des Netzes, die Verbesserung der Anlegestellen in den Häfen und der Plan einer Güterbahn für verschiedene Gebiete vorsehen, die den Transport der Waren durch London überflüssig mache. Die Regierung schlägt vor, wie Thomas weiter ausführte, den Betrag von 9,5 Mill. Pf. für ein fünfjähriges Programm zum Ausbau der Straßen erster Ordnung und 28 Mill. Pf. für den Ausbau der Straßen zweiter Ordnung bereitzustellen.

Die Vereinheitlichung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens

Der Gesamtausschuß des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, der anlässlich des in Nürnberg stattfindenden 49. deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftstages zu einer Sitzung zusammengetreten war, hat zu der Frage der Vereinheitlichung des deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

1. Der Satzungsentwurf des genossenschaftlichen Einheitsverbandes wird in der vorgelegten Form grundsätzlich gebilligt.
2. Der Gesamtausschuß ist damit einverstanden, daß die Nationalisierungsverhandlungen zum Um- und Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens unabhängig von dem jeweiligen Stand der Verhandlungen über die Nationalisierung des Einheitsverbandes fortgesetzt werden.
3. Der Gesamtausschuß sieht sich nicht in der Lage, dem Vermittlungsvorschlag des Präsidenten des Provinzialgenossenschaftsverbandes zuzustimmen. Es sollen zur Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens Schritte unternommen werden, um im Wege der Vereinbarung unter den Beteiligten die Gründung des Einheitsverbandes und eine Einigung hinsichtlich der Besetzung der Verwaltungsgorgane, und zwar der Präsidenten, die ehrenamtlich tätig sein sollen, und der Anwaltschaft herbeizuführen. Der Reichsverband sichert dabei die gebührende Berücksichtigung der einzelnen Gruppen zu. Der Verwaltungsrat wird ermächtigt, die Verhandlungen zu Ende zu führen.

Verlängerung des Steuerermäßigungsgesetzes. Im Reichsfinanzministerium ist laut „Voss. Ztg.“ eine Vorlage über die Verlängerung des Steuerermäßigungsgesetzes ausgearbeitet worden. Dieses sieht u. a. steuerliche Erleichterungen bei wirtschaftlich gebotenen Betriebszusammenschlüssen vor.

Letzte Nachrichten

Vor dem Wiederbeginn der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen Ein neuer deutscher Vertreter

M. Berlin, 4. Juli (Priv.-Tel.) In politischen Kreisen hört man, daß sich das Kabinett in seiner letzten Sitzung mit den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen beschäftigt hat, und daß dabei der Gedanke erörtert wurde, an Stelle von Dr. G e r m e s, der durch seine Tätigkeit in landwirtschaftlichen Organisationen und als Abgeordneter sehr in Anspruch genommen ist, eine andere Persönlichkeit an die Spitze der deutschen Delegation zu stellen. Genannt wird Ministerialdirektor Dr. Ernst im Reichsfinanzministerium. Man rechnet damit, daß die Verhandlungen im August wieder eröffnet werden.

Ein Gedenkbuch zum Verfassungstag 30 Kinder aus allen Teilen Deutschlands sind nach Berlin eingeladen

M. Berlin, 4. Juli (Priv.-Tel.) Am Verfassungstag wird ein Gedenkbuch herauskommen, dessen Vorwort G i n d e n b u r g, und dessen Vorwort der Reichskanzler M ü l l e r geschrieben hat. Das Buch soll in allen deutschen Schulen als Prämie verteilt werden. Außerdem werden 30 Schulkinder aus allen Schulen des Reiches als Gäste der Reichsregierung an der Berliner Verfassungsfeier teilnehmen.

Die deutsche Wirtschaftsentwicklung

M. Berlin, 4. Juli (Priv.-Tel.) Die Reichskreditgesellschaft hat eine Übersicht über die deutsche Wirtschaftsentwicklung im ersten Halbjahr 1929 zusammengestellt, aus der deutlich die Einengung des Kapitalmarktes hervorgeht. Im ersten Halbjahr 1928 wurden an Anleihen, kommunalen Obligationen, Aktien usw. 2,8 Milliarden auf dem Anleihekapitalmarkt untergebracht, 1929 aber nur 1,1 Milliarden. Außerdem ist der Zufluß an fremdem Kapital stark zurückgegangen. Er betrug im ersten Halbjahr 1929 nur noch 315 Millionen. Sehr erschwerend hat die Kapitalflucht gewirkt, die im Mai allerdings etwas nachgelassen hat.

Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes

W.D. Berlin, 4. Juli (Tel.) Der Reichsrat hat am 2. Juli den Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes verabschiedet. Der Entwurf wird nunmehr schnellstens dem Reichstage zugehen. Er regelt die Berufsausbildung mit Ausnahme der in der Landwirtschaft tätigen Jugendlichen. Vorgezogen ist weitgehende berufliche Selbstverwaltung auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Neue Behörden zu schaffen, ist nicht beabsichtigt; die Regelung soll im Anschluß an die schon bestehenden gesetzlichen Berufsvertretungen von Handel, Industrie und Gewerbe erfolgen.

Die Frage der Teilnahme an der Regierungskonferenz

W.D. Paris, 4. Juli (Tel.) „Petit Parisien“ will berichten können, daß augenblicklich offenbar ein Meinungsaustrausch zwischen den ehemals alliierten Regierungen darüber stattfindet, ob der Regierungskonferenz auch die weniger interessierten Staaten, wie beispielsweise Rumänien, die Tschechoslowakei, Südslawien und Griechenland, zugelassen werden sollen. In einigen Kreisen vertrete man den Standpunkt, daß es sich beim Youngplan genau wie seinerzeit beim Dawesplan auch um Interessen dieser Staaten handle, so daß sie wie seinerzeit im Jahre 1924 in London zuzulassen seien. Natürlich würden diese Länder bei den Beratungen der politischen Fragen (Rheinlandräumung usw.) nicht vertreten sein.

Der Flug Chicago-Berlin. Das große Land- und Wasserflugzeug der Flieger Goss und Parker startete am Mittwoch zu seinem Fluge Chicago-Berlin.

Fünfzig Jahre Reichsdruckerei

W.D. Berlin, 4. Juli (Tel.) Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Reichsdruckerei fand heute vormittag im ehemaligen Herrenhause eine Gedenkfeier statt, mit der eine Ausstellung ausgewählter Druck-Erzeugnisse verbunden war.

Der Reichspräsident hat der Reichsdruckerei einen Erlaß zugehen lassen, in dem er ihr seinen Glückwunsch und seine Anerkennung für ihre hervorragenden Leistungen ausspricht.

Die Radiostation für den Vatikanischen Staat. Die drahtlose Station, die in Rom für den Gebrauch des Vatikanischen Staates errichtet werden soll, ist der englischen Marconi-Gesellschaft in Auftrag gegeben worden. Der Bau der Apparatur und die Installationspläne, die die neuesten Erfindungen auf dem Gebiete des Rundfunks in sich verkörpern, sollen möglichst rasch durchgeführt werden. Die Reichweite soll mittels des Kurzwellensystems die ganze Erde umfassen.

Der Stand der Gastarifffrage

Von Dr. R. Hübling

Der Verfasser hat auf der 70. Jahresversammlung des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern am 11. Juni über diese für alle Gemeinden außerordentlich wichtige Fragen referiert. Wir geben seine interessantesten Ausführungen nachstehend auszugsweise wieder.

Nach dem vorliegenden Programm befaßt sich die Weltkonferenz 1930 ausschließlich mit der Verteilung und Verwendung von Energie. Für das Fachgebiet „gasförmige Brennstoffe“ lautet das Thema: „Der Transport und die Verwendung von Energie in Gestalt von gasförmigen Brennstoffen werden gefördert durch die Darbietung von Gas in möglichst gleichmäßiger und für den Verbrauch günstiger Beschaffenheit, zu möglichst billigen Preisen und zu möglichst anziehenden Bedingungen.“

Je vollkommener der Gaslieferer diese Bedingungen erfüllt, desto gleichmäßiger und stärker ist sein Absatz und desto billiger kann er infolgedessen wiederum liefern. Dieser wirtschaftliche Kreislauf sollte den Leitgedanken bilden.“ Demnach lautet unser Programm: Verbilligung der Erzeugung und Einstellung auf die Anforderungen der Zukunft, Verabsägung der Verteilungskosten durch zweckmäßige Ausnutzung der Faktoren Fördermenge, Rohrquerschnitt und Druck, Anpassung der Tarife an den Verbrauchszweck unter sorgfältiger Prüfung der Bestandteile der Selbstkosten einerseits und der bei Berücksichtigung der Absatzmöglichkeiten und des Wettbewerbs anderer Energiearten erzielbaren Gaspreises andererseits.

Geographische Lage (insbesondere die Entfernung von den Kohleerzeugungstätten, Wasser- oder Bahnanschluss u. a.), Schichtung der Bevölkerung, Orts- und -abwesenheit von Gewerbe und Industrie und nicht zuletzt die gemeindepolitische Situation bedingen große Verschiedenheiten in den Verhältnissen. Der Stand der vorhandenen Gaserzeugungsanlagen — ob alt oder neu, ob schlecht oder gut ausgenutzt, ob noch lange ausreichend oder erweiterungsbedürftig — ist von besonderer Bedeutung. Endlich muß auch dem Stande der Elektrizitätswirtschaft in dem betreffenden Gebiet und anderen mit Gas in Wettbewerb tretenden Brennstoffen (z. B. Holzzeche, Gegend) besondere Beachtung geschenkt werden.

Die heutigen Durchschnittserlöse für Gas bewegen sich zwischen 9,2 Pf. in Gabelsberg und 34,2 Pf. in Wollm. Die Streuung ist also sehr beträchtlich. Der höchste Prozentsatz der Durchschnittserlöse innerhalb eines Fremigebietes liegt zwischen 20,0 und 20,9 Pf. mit 12,6 Prozent der erfassten Gaswerke. Doch ist diese Statistik nach der Zahl der Gaswerke und nicht nach der Menge ihres Absatzes aufgestellt. Bei Berücksichtigung der Absatzmenge käme man auf einen Durchschnittserlös von circa 15 bis 18 Pf. je Kubikmeter.

Die Durchschnittsverkaufspreise steigen, je kleiner die Gaswerke sind. Besonders bemerkenswert ist, daß der Grundgebührentarif, der die festen Kosten für Installation und Verwaltung von den Arbeitsgebühren trennt, bei 516 von 779 Gaswerken, d. h. bei 66,2 Prozent bereits eingeführt ist.

Der Tarifabschluss muß es als eine seiner wichtigsten Aufgaben ansehen, die Entwicklungsmöglichkeiten für den Gasverbrauch forklarend und eingehend zu beobachten, um brauchbare Anhaltspunkte für die Anwendung und die Auswirkung der verschiedenen Tarifarten zu bekommen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Tendenz der Elektrizitätswirtschaft, die bekanntlich auf einen einheitlichen sehr niedrigen Verkaufspreis („Arbeitspreis“) für das gesamte deutsche Absatzgebiet hinstrebt. Bei den Elektrizitätstarifen würde dann die Grundgebühr verhältnismäßig hoch und nur örtlich verschieden werden.

Es ist daher jeweils notwendig, die Ursachen des geringen Gasverbrauches bei Kleinabnehmern, die die Grundgebühr im Verhältnis zur Abnahme am stärksten belasten, zu untersuchen. Eine solche Untersuchung wurde vom Gaswerk Stuttgart bei Abnehmern mit einem Monatsverbrauch von 0 bis 10 Kubikmetern mit dem Ergebnis vorgenommen, daß lediglich bei 4,9 Prozent dieser Abnehmer der geringe Gasverbrauch mit schlechten Einkommensverhältnissen in Zusammenhang gebracht werden konnte. Grundsätzlich wird man dahin streben müssen, die Grundgebühr so hoch als möglich, den Verbrauchspreis so niedrig als möglich anzusetzen. Kleinabnehmer können auf den Gasbezug durch Automaten bewiesen werden, bei dem die Erhebung einer Grundgebühr nicht in das System paßt.

Beim Übergang von einem Tarif zum anderen, insbesondere beim Übergang vom Einheitsstarif zum Grundgebührentarif, werden gelegentlich Wahltarife angewandt, d. h. es werden in der Regel zwei Tarife dem Abnehmer zur Wahl überlassen. Eine Sonderaufgabe stellt die Tariffrage bei der Gasfernversorgung dar. Vor allem wichtig sind dabei die Fragen: ob

eine Mindestabnahme verlangt werden kann, ob die Weisbegünstigungsklausel aufgenommen werden soll, ob und in welcher Weise der Gaspreis an Kohlen, Lohn- oder andere Steuern gebunden werden soll. Auch hier spielt der Stand der Gaswerksanlagen eine wichtige Rolle, d. h. ob infolge des durch eine Fernversorgung einretenden Mehrverbrauchs auch ein erhöhter Kapitaldienst für alle bzw. neue sofort oder später zu errichtende Anlagen erforderlich wird.

Niedere Gaspreise, aufgebaut auf einem weitgehend elastischen Gasstarif, sind das beste Werbemittel für die Ausbreitung des Gases. Doch bedarf auch der bestmögliche Tarif der Unterstützung nachhaltiger Werbung, wenn er zu voller Wirksamkeit kommen soll. Es bestehen also zwischen Gasstarif und Werbung die engsten Wechselbeziehungen. Außer den mit den Selbstkosten unmittelbar zusammenhängenden Faktoren werden die Gaspreise bei Privatgesellschaften durch Steuern, bei kommunalen Werken durch Abgaben belastet. Es muß beachtet werden, inwieweit durch derartige Steuern und Abgaben die Wettbewerbsfähigkeit des Gases, insbesondere gegenüber der Elektrizität in unbilliger Weise beeinträchtigt wird. Falls eine solche Beeinträchtigung festgestellt würde, müßte durch entsprechende Eingaben und Maßnahmen für Abhilfe gesorgt werden.

Im Wettbewerb mit den anderen Energieträgern kann das Gas nur mit Hilfe weitgehend differenzierter Tarife abgesetzt werden. Die Auffassung, daß die Gaswerke in jedem Fall einen hohen Nutzen zugunsten städtischer Finanzen abwerfen müßten, darf nicht soweit gehen, daß sie der Ausbreitung des Gases abträglich ist. Die Tarifbildung muß sich je länger je mehr auf größeren Umsatz und kleineren Nutzen einstellen, wobei selbstverständlich die Rentabilität der Werke nicht angelehrt werden darf. Heute schon kann man sagen, daß dem Grundgebührentarif die Zukunft gehört.

Der Tabakbauverband dankt Dietrich

Der Deutsche Tabakbauverband richtete in seiner am letzten Sonntag in Karlsruhe abgehaltenen Tagung nachstehendes Telegramm an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft:

„600 in Karlsruhe versammelte deutsche Tabakpflanzer aus allen Tabakbaugebieten erwidern Ihnen treuherzige Grüße. Vor allem aufrichtigen Dank für die geleistete Unterstützung im Daseinskampf des deutschen Tabakbauers. Erbitten weiterhin Ihre Fürsorge und Mithilfe. Deutscher Tabakbauverband.“

Die bevorstehende Konferenz der Regierungen

Der Pariser Korrespondent der „Morningpost“ hat den Gedanken ausgesprochen, daß erst eine Konferenz der Regierungen, dann eine solche der Sachverständigen und schließlich wieder eine Konferenz der Regierungen vorgezogen werden müßte. Wie verlautet, ist die deutsche Regierung keineswegs dieser Ansicht, da Deutschland keine Veranlassung habe, die Aufhebung dieser Konferenz anders zu wünschen als diejenige der letzten Londoner Konferenz, die im Ganzen und nicht in einzelnen Stücken verhandelt. Konferenzort und Zeit stehen immer noch nicht fest. England, Italien und Deutschland haben sich mit London als Konferenzort einverstanden erklärt. Frankreich macht Schwierigkeiten, mit der Angabe, daß es die Vorarbeiten nicht rechtzeitig werde erledigen können. Frankreich schlägt deshalb ein neutrales Land als Konferenzort vor. Die Engländer haben London vorgeschlagen, weil ihr Kabinett als jüngstes mit den Fragen der Konferenz noch nicht so vertraut sei wie die Kabinette der anderen Länder; während Frankreich den Zeitpunkt der Konferenz jetzt anscheinend hinuschleiben will, besteht in Deutschland der Wunsch, daß die Konferenz etwa am 5. August beginnen und am 20. August schließen könnte.

Frankreichs Einschränkung des Schiedsgerichtsverfahrens

Der Auswärtige Ausschuss der Pariser Kammer befahte sich mit der Frage des Beitritts Frankreichs mit der Genfer Generalakte über das Schiedsgerichtsverfahren. Die französische Regierung hat bekanntlich eine Reihe von Vorbehalten ausgearbeitet, die den Wert des Beitritts ganz erheblich einschränken, für gewisse Arten von Streitigkeiten sogar ganz ausheben. Nachdem der Minister des Auswärtigen, Briand, im Auswärtigen Ausschuss den Standpunkt der Regierung dargelegt hatte, nahm der Ausschuss einstimmig eine Entschließung an, die den Berichterstatter ermächtigt, mit dem Außenminister in Beratungen einzutreten zu dem Zweck, daß die von der Regierung erhobenen Vorbehalte soweit eingeschränkt werden, daß kein Streitfall, welcher Art er auch sei, der schiedsgerichtlichen Regelung entzogen wird.

Kurze Nachrichten

Die Vorbereitungen für die Zepplin-Weltreise. Wie wir erfahren, hat Dr. Eckener, der wieder nach Friedrichshafen zurückgekehrt ist, in den beiden letzten Tagen in Berlin eine Reihe wichtiger Verhandlungen geführt, die der Vorbereitung der Weltreise des „Graf Zeppelin“ galt. Dr. Eckener verhandelte u. a. mit dem Reichsverkehrsminister, der russischen und der spanischen Botschaft und dem Vertreter der Hamburger Seewarte. Auf Anfrage wird uns bestätigt, daß die Weltfahrt am 10. August beginnen würde. Die verfügbaren Plätze im Luftschiff sind für diese Reise bereits verkauft, so daß auf eine Reihe von Anfragen negativ geantwortet werden mußte. Die Vorbereitungen für die Fahrt sind bereits sehr weit gediehen, so ist u. a. auch das Kriegsgas abgeschickt worden, mit dem der „Graf Zeppelin“ in Japan nachgefüllt werden soll.

Die Wahlen in Holland zur Zweiten Kammer sind, soweit bis jetzt bekannt ist, im ganzen Lande ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung war sehr hoch. Aus den bisherigen Ergebnissen läßt sich schließen, daß die Parteien der Linken, insbesondere die Sozialdemokraten, einen, wenn auch nicht übermäßig starken Gewinn verbuchen können.

Kleine Chronik

Ein Anwerter fordert 13 Tsd. ... In der Gegend von Jajce wütete ein mit Hagelschlag verbundener Orkan. Der größte Teil der Ernte wurde vernichtet. Der Fluß Bosna ist aus seinen Ufern getreten, und die hochangewachsenen Ufer rissen 11 Personen mit sich. In Bogoriza wurden durch Blitzschlag zwei Personen getötet und 9 verletzt.

Amerika in Europa. Am Dienstag sind 13 atlantische Dampfer mit 13 500 Passagieren von New York nach Europa abgegangen.

Badischer Teil

Das Ergebnis der Feststellungen der Reichsbahndirektion Karlsruhe zum Flugzeugunglück auf dem Bodensee

Zum Flugzeugunglück auf dem Bodensee schreibt uns die Reichsbahndirektion Karlsruhe als Ergebnis ihrer Feststellungen am 2. Juli d. J.:

Das Flugboot war in der Nacht von Bad Schachen in den See gestürzt, etwa um die Zeit, als das Dampfsboot „Baden“ sich anschickte, den Hafen von Lindau zu verlassen. Weder der Kapitän, der beim Verlassen des Hafens Lindau neben und während der Fahrt nach Schachen vor dem Steuerhaus stand, noch die beiden im Steuerhaus am Steuerstand stehenden Personale hatten das Flugzeug niedergehen sehen. Das übrige Personal verließ seinen Dienst auf dem mit etwa 450 Reisenden besetzten Dampfsboot. Der herrliche Abend hatte viele Ausrunderboote am Peter-und-Paul-Feiertag auf den See gelockt, Ansammlungen von Ausrunderbooten in der Nähe von Bad Schachen sind an Sonn- und Feiertagen nichts Außergewöhnliches. Deshalb legten der Kapitän, der bei der Zufahrt auf die Landestelle Schachen vor dem Steuerhaus stand, und die im Steuerhaus befindlichen Personale der Ansammlung von Ausrunderbooten und Motorbooten in der Nacht von Schachen halbwegs auf Steuerbordseite auch keinerlei ernste Bedeutung bei. Kurz vor dem Ableiten des Dampfsbootes „Baden“ auf die Landestelle Schachen — das Dampfsboot hatte von da ab bis zum Landeplatz noch etwa 8 Minuten zu fahren — hatte ein Ausrunderboot die Kurslinie des Dampfers gekreuzt, erst durch den Kurs des Injassens dieses Ausrunderbootes erfuhr der Kapitän, daß dort, wo die vielen Boote verammelt waren, ein Flugzeug im See läge. Denn wohl hatte man die Boote, niemand aber vom Personal das im Wasser liegende Flugzeug gesehen oder gar Hilferufe oder Notsignale wahrgenommen, vor allem aber hatte niemand davon Kenntnis erhalten, daß das Unglück sich erst vor etwa 10 bis 15 Minuten ereignet hatte. Der Kapitän, der 42 Jahre im Dienst steht und in seiner langen Tätigkeit bei mancher Rettung Schiffbrüchiger beteiligt war, hat dem die Untersuchung führenden Beamten am 2. Juli erklärt, daß er nicht einen Augenblick im Zweifel gewesen wäre, sofort nach der Unfallstelle zu fahren, wenn er das Flugzeug hätte abzurufen sehen oder erfahren hätte, daß das Flugboot erst vor 10 bis 15 Minuten abgestürzt sei. Zum Aufnehmen von Schiffbrüchigen, sagte sich der Kapitän, sind genug Boote an Ort und Stelle. Die Zeitungsnachrichten, nach denen der Kapitän von Reisenden seines Schiffes aufgefordert worden sein soll, mit dem Dampfsboot zur Unfallstelle zu fahren, bezeichnet der Kapitän als unzutreffend. Erst an der Landestelle Schachen erfuhr der Kapitän Näheres, er fuhr darauf nach der Unfallstelle zurück, wo er etwa 12 Minuten später eintraf als beim sofortigen Zubehalten. Dort suchte man mittels einer Stahl Drahtseile das 50 Zentner schwere Flugboot hochzuwinden, ohne Erfolg. Abschleppen nach dem Ufer zu war dem Dampfsboot nicht möglich, es hätte sich in ein Fahrwasser mit Untiefen und Felsen und damit in Gefahr begeben müssen. Das durfte der Kapitän des stark besetzten Dampfsbootes nicht wagen.

Zur Frage, ob das sofortige Zubehalten des Dampfsbootes Menschenleben noch hätte retten können, ist zu sagen: Das Flugboot war in Schachen von dem Bootsführer Enderlin, dessen Sohn und den Monteuren des Flugbootes erwartet worden, um die auf dem See landenden Fluggäste an Land zu bringen. Das Flugboot kam aus der Richtung Kischbach (aus Nordosten) und wollte im Gleisflug auf dem Wasser landen. Enderlin gewahrte das Boot erst, als er durch den Aufsprall auf das Wasser aufmerksam gemacht wurde. Das Flugboot überschlug sich, schwamm aber auf dem Rücken. Zwei bis drei Minuten später, so schilderte Enderlin den Beamten der Reichsbahndirektion den Vorgang, habe er an dem Wrack angelegt; zu dreien, er, sein Sohn und der Monteure, hätten sie auf dem nach oben gelehrten Boden des Flugzeuges gestanden, darauf seien er und sein Sohn in das Wasser getaucht, hätten eine der beiden von außen verschlossenen Türen des Flugzeuges geöffnet, darauf seien sie beide unter Wasser durch die Tür in das Flugzeug eingedrungen und hätten die beiden einzigen noch lebenden Fluggäste gerettet. Von den übrigen Fluggästen sei niemand mehr zu sehen gewesen. Diese Rettung habe mindestens 10 Minuten gedauert. Danach habe er den Dampfer „Baden“ gefächelt und ihm Notsignale gegeben, weil ihm daran gelegen gewesen sei, das mit dem Boden etwa 80 cm über das Wasser ragende Flugboot vor dem Wegsinken zu bewahren. Vergeblich hatte er sich bemüht, die unter Wasser liegenden verunglückten Fluggäste mittels Staken von der Tür aus ausfindig zu machen. An der Bauart der Tür des Flugzeuges und der Schwierigkeit, sein Inneres zu betreten, habe es aber gelegen, daß man erst nach Einschlagen einer Öffnung in den Boden zu den ertrunkenen Fluggästen habe gelangen können. Das Dampfsboot habe nicht vermocht, das Flugboot zu heben.

Daraus ergibt sich, daß das 10 bis 15 Minuten spätere Erscheinen des Dampfsbootes keinen der Fluggäste vor dem Ertrinken bewahrt hätte, und daß andererseits die technischen Einrichtungen des Dampfsbootes nicht ausgereicht haben, das 50 Zentner schwere Flugboot aus dem Wasser zu heben, um sein Inneres zugänglich zu machen. Ob das Dampfsboot in der Lage gewesen wäre, das Flugboot in der Schwimmelage zu erfassen und zu halten, in der es Enderlin angebrochen hatte, u. dann die Möglichkeit gegeben gewesen wäre, rascher zu den Ertrunkenen zu gelangen und an ihnen Wiederbelebungsvorkehrungen anzustellen, bleibt eine offene, unferne Erachtens von keiner Seite mit Sicherheit zu beantwortende Frage.

Die Reichsbahndirektion Karlsruhe hält es bei dieser Sachlage für ein Unrecht, wenn da und dort vorzeitig Vorwürfe dem Kapitän gemacht wurden, ehe Einzelheiten bekannt wurden; sie hat es lebhaft begrüßt, daß die „Deutsche Wochenszeitung“ in ihrer Nr. 150 vom 2. Juli 1929 zur sachlichen Beurteilung mahnte, und wie nach ihrer genaueren Kenntnis des Sachverhaltes nicht anders zu erwarten war, für den Kapitän eingetreten ist. Hätte die Reichsbahndirektion selbst auch nur den geringsten begründeten Vorwurf gegen den Kapitän zu erheben, so hätte sie nicht gezögert, die Folgerungen zu ziehen.

Ergebnisloses Schlichtungsverfahren in der oberbadischen Metallindustrie

Das Schlichtungsverfahren in der oberbadischen Metallindustrie vor dem Schlichtungsausschuss Freiburg ist ergebnislos verlaufen. Damit ist erstmals die bekannte Reichsgerichtsentscheidung, die im Anschluß an den Tarifstreit in der westdeutschen Metallindustrie im vorigen Jahre gefallt wurde, praktisch wirksam geworden. Nach dem Urteil des Reichsarbeitsgerichtes ist nämlich der sogenannte Stichtenscheid, der in der Schlichtungsordnung vorgeschrieben ist, ungeschicklich. Die Schlichtungsausschüsse sind mit einem Sachjuristen, zwei Arbeitgebervertretern und zwei Arbeitnehmervertretern besetzt. Sie fassen ihre Beschlüsse mit Stimmenmehrheit, im Falle der Stimmengleichheit sollte nach der Schlichtungsordnung der Stichtenscheid des Vorsitzenden den Ausschlag geben. Diese letzte Anordnung ist, wie schon gesagt, durch das Reichsgericht für ungültig erklärt worden.

Baden und die Elektrifizierung der Reichsbahn

In den notwendigsten und dringendsten Verkehrsaufgaben der Gegenwart gehört ohne Zweifel für das Land Baden die Elektrifizierung der Bahnen, eine Frage von verkehrspolitisch und wirtschaftlich weittragender Bedeutung, die in der letzten Zeit des öfteren Gegenstand lebhafter und eingehender Besprechungen war. Wohl bemühen sich die Städte und Verkehrsorganisationen um die Beschleunigung des Projekts, doch wollen die Vorarbeiten nicht recht vorwärts schreiten. Wie man hört, steht die Elektrifizierung der badischen Bahnen an fünfter Stelle des ganzen Elektrifizierungsprogramms der Reichsbahnhauptverwaltung. Für die Verkehrsinteressen der Landesbahnhauptverwaltung, für die Verkehrsinteressen der internationalen Ost-West- und Nord-Süd-Linie liegt, bedeutet das Projekt eine ganz besonders wichtige Aufgabe, die in Anbetracht der Konkurrenz Württembergs und Bayerns, sowie der linksrheinischen Verkehrsnetze unbedingt einer baldigen und positiven Lösung bedarf.

Auf der Landesverbandstagung des Badischen Verkehrsverbandes zu Ludmooß hat deshalb der Vertreter der Stadt und des Verkehrsvereins Karlsruhe, Verkehrsdirektor Lacher, Anlaß genommen, diese Frage wieder zu behandeln, und auf die Gefahren hinzuweisen, die entstehen, wenn das Projekt nicht in Bälde zur Ausführung gelangt. Bayern und Württemberg streben den Gedanken der Elektrifizierung mit Nachdruck an, ebenfalls Frankreich und Belgien, so daß die badischen Bahnen, insbesondere die Nord-Süd-Linie, eindruckt werden müßten, wenn sie nicht mit dezidierten Bestrebungen Schritt hielten. Da es sich hierbei um enorm wichtige Landesinteressen im Grenzland Baden handelt, beantragte er, daß sich der Landesverband mit verstärkter Aufmerksamkeit dem Projekt zuwendet, und daß vor allen Dingen eine Denkschrift ausgearbeitet werde, worin die wirtschaftlichen Vorteile, die die Elektrifizierung der Bahnen mit sich bringen, auch zahlenmäßig erfaßt würden. Die Schrift solle in breiter Weise verteilt werden, und das Fundament zur endlichen Erreichung des Zieles bilden. Hiernach müßte erst eine besondere und groß angelegte Veranlassung stattfinden, wo zur Frage eingehend Stellung genommen würde. In Anbetracht der Tatsache, daß gerade Baden über die reichsten Wasserkräfte des Landes verfüge, sei es unverständlich, wenn diese Energien nicht benützt würden, um unsere Bahnen zu modernisieren. Direktor Lacher sprach in diesem Zusammenhang auch dem badischen Staatspräsidenten seinen Dank dafür aus, daß er in seiner Denkschrift über das Grenzland Baden energisch für die Erfüllung dieses Punktes eingetreten sei. Es müßten aber auch von allen beteiligten Verkehrsinteressen selbst Schritte unternommen werden. Die Veranlassung stimmte im wesentlichen den Ausführungen bei und nahm folgende, von Lacher, Karlsruhe, formulierte Entschließung an:

„Die fortschreitende Elektrifizierung der Eisenbahnen im Westen, Süden und Osten des badischen Landes bzw. die dahingehenden Bestrebungen der Nachbarländer bringen die durchgehenden badischen Eisenbahnlinien in die Gefahr, aus der Konkurrenz mit diesen Nachbarlinien im Nord-Süd- und im Ost-West-Verkehr auszufallen und der deutschen Südwestmark ungeheuren wirtschaftlichen Schaden zuzufügen, der als Grenzland ohnedies schwere Fesseln hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Betätigung und der Stärkung ihrer Lebenskraft angelegt sind. Der Badische Verkehrsverband richtet daher an die Reichsregierung erneut die dringende Bitte, das Grenzland Baden bei der Elektrifizierung nicht hinter die Nachbarländer zurücktreten zu lassen, ihm vielmehr gleichzeitig mit ihnen und unter Ausnutzung seiner ausgezeichneten Wasserkräfte den elektrischen Betrieb zu verschaffen.“

Ferner beantragte Direktor Lacher, der Landesverband möge an die Reichsregierung herantreten, damit sie sich bei der Sachstatterkonferenz für eine baldige und günstige Entscheidung über den Bau der drei Rheinbrücken bei Maxau, Spreng und Mannheim einsetze.

Auch auf die Wichtigkeit der Einführung neuer Kraftverkehrswege wurde auf der Landesverbandstagung von verschiedenen Seiten hingewiesen. Direktor Lacher als Vertreter der Stadt und des Verkehrsvereins Karlsruhe beantragte, daß diese Verkehrsfrage ebenfalls als dringend behandelt werde. Bekanntlich verzögerte sich die Schaffung neuer Kraftverkehrsnetze oft dadurch, daß die Reichsbahn und private Bahngesellschaften gegen die Einführung neuer Linien Einspruch erhoben. Dieses Veto finde namentlich in Fällen Anwendung, wo eine gewisse Beeinträchtigung des Verkehrs durch die Konkurrenz des Kraftverkehrs zu erwarten sei. Wie man hört, hätten die Reichsbahn und die Post nunmehr aber ein Abkommen getroffen, oder seien im Begriff, dies zu tun, wonach sie in der Erschließung neuer Verkehrswege in Zukunft zusammengehen und mittelst Schienen und Kraftwagen eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse herbeiführen wollten. Es sei an der Zeit, daß dieses Abkommen rasch und fühlbar in Wirkung trete. Die Post solle sogar beschließen, gewisse Überflüsse aus der Bewirtschaftung ihres Kraftwagennetzes an die Reichsbahn abzugeben. Die Frage der Erweiterung und des Ausbaues des Kraftwagennetzes in Baden bedürfe unter allen Umständen erhöhter Aufmerksamkeit, nicht nur, um zur Vorkonkurrenz und bequemeren Erschließung landwirtschaftlicher Schönheiten und zur Ermöglichung eines einwandfreien Verkehrs für Gemeinden, die abseits der großen Verkehrsstraßen liegen, neue Wege zu finden sondern auch, um im Touristenverkehr der Konkurrenz benachbarter Reisende zu begegnen. So seien im Lande eine ganze Reihe von Verkehrsnetzen geplant, die jedoch infolge der gegenfälligen Stellung der Reichsbahn noch nicht hätten genehmigt werden können.

Bericht der Handelskammer Schopfheim für 1928

Die Handelskammer für die Kreise Lössau und Waldshut in Schopfheim veröffentlicht ihren außerordentlich wichtigen und interessanten Bericht über die Lage und den Gang von Industrie und Handel im Kammerbezirk im Jahre 1928. Was die allgemeinen wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Fragen betrifft, so vertritt auch dieser Bericht denselben Standpunkt dazu, wie die Berichte der übrigen badischen Handelskammern. Bei der Handelskammer Schopfheim kommt aber hinzu, daß sich der Kammerbezirk in einer besonders schwierigen wirtschaftlichen Lage befindet, die, soll es sich im Wirtschaftsbezirk zum Besseren wenden, eingehende Aufmerksamkeit der wirtschaftspolitisch verantwortlichen Kreise bedarf. Die südliche Grenzstadt Baden ist durch die doppelte Grenzlage von ihren natürlichen Abgabebereichen abgeschlossen, die Erschließung neuer Absatzmärkte scheitert an der außerordentlich ungünstigen Standortlage der ansässigen Industrien. Wenn diese durch eine entsprechende Wirtschaftspolitik, insbesondere durch günstige Tarifierung des Güterverkehrs nach dem Reich nicht in die Lage versetzt wird, konkurrenzfähig zu werden, so wird sie letzten Endes, wie das in einzelnen Fällen schon geschehen ist, abwandern, und die Kolonie, in der sich der größte Teil der Gebietsbevölkerung befindet, zur Katastrophe verurteilt. Mit besonderer Eindeutigkeit schildert der Bericht diese Lage und fordert neben den zur Hebung der allgemeinen Wirtschaftslage notwendigen Maßnahmen die besondere Berücksichtigung dieses Notgebietes in Süddeutschens des Deutschen Reiches, insbesondere durch eine geeignete Verkehrspolitik.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 4. Juli. Verhandlungen um eine Gehalts-erhöhung für die Angestellten der kaufmännischen und tech-nischen Berufe haben zu dem vorläufigen Ergebnis geführt, daß für einzelne Gehaltsgruppen Erhöhungen von etwa 3-4 Proz. zugebilligt wurden.

D3. Heidelberg, 4. Juli. In einer Presskonferenz besprach Oberbürgermeister Dr. Reinhaus den gegenwärtigen Stand des Universitätsneubaus. Der Plan, das Neue Kollegien-haus zu erhalten, ist nunmehr fallen gelassen. Es soll nie-dergerissen und an seine Stelle ein Neubau errichtet werden. Damit ist der preisgekrönte Entwurf des Professors Gruber von der Technischen Hochschule Danzig, früher Stadtoberbau-rat in Freiburg i. Br., gegenstandslos geworden. Er hat nun im Auftrag einen neuen Plan ausgearbeitet, der, nachdem ihm ein Sachverständigenkomitee grundsätzlich zugestimmt hat, ausgeführt werden soll. Der neue Plan sieht im ersten Stock des Hauptbaus einen Festsaal für etwa 1200 Personen vor. Daneben sollen auch die großen Hörsäle, an denen bisher in Heidelberg Mangel ist, errichtet werden. Für die Südfront fehlen einstweilen noch die Geldmittel, die etwa 200 000 RM betragen. Die finanzielle Lage der Stadt ermöglicht nicht, hier helfend einzugreifen.

D3. Bruchsal, 3. Juli. Bildhauer Engel in Karlsruhe hat für die jetzt im Umbau befindliche große Brücke Modelle für einen passenden Figurenschmuck gefertigt. Diese Modelle haben die Billigung des Stadtrats gefunden.

Kehl, 4. Juli. Wie der „Erfasser“ berichtet, hat sich der Professor Kistner, der in den 50er Jahren steht und seit längerer Zeit die Zahnklinik des Straßburger Spitals leitet, in seiner Straßburger Wohnung erschossen, und man vermutet, daß die Schwerkriegsverletzung, die aus der Geschäftsaffäre seines Schwiegervaters, des verstorbenen Industriellen Nieffer aus Kork bei Kehl, entstanden sind, ihn zu dem Verzweiflungsschritt getrieben haben.

D3. Fribingen (Karlsruher), 4. Juli. Die Geuernte im Kaiserstuhlgebiet ist nahezu beendet. Die Beschaffenheit ist zufriedenstellend, weniger die Menge. Die diesjährige Geuernte beträgt zwei Drittel einer Mittelernte.

D3. Fribingen (Hohenwald), 3. Juli. In Fribingen fand am Sonntagmorgen die Gründungsversammlung der Ver-lehrsgemeinschaft Hohenwald statt. Aufgabe dieser Gemeinschaft soll sein, das Gebiet zwischen Alb und Wehra einschließlich Wehr und Fribingen, sowie das Rheintal von Rheinfelden bis Albrunn wirtschaftlich und verkehrspolitisch zu erschließen.

D3. Billingen, 3. März. Gestern nacht wurde in einem Hause in der Kiefernstraße eine in vollem Betrieb befindliche Schwarzbrennerei entdeckt. Gegen mehrere Personen, die zum Teil in Untersuchungshaft genommen wurden, schwebt nunmehr ein Verfahren. Wie lange und in welchem Ausmaß die Brennerei betrieben wurde, ist noch nicht bekannt.

D3. Billingen, 3. Juli. Vor dem gestern hier tagenden Schöffengericht Konstanz wurde der ledige Kaufmann Ernst Wölfler aus Fribingen bei Domauerschlingen wegen Amtsunter-schlagung zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte als Geschäftsführer der Billinger Milchzentrale diese um mehrere tausend Reichsmark geschädigt.

D3. Engen, 4. Juli. Delan a. D. Weber kann in diesen Tagen sein 40jähriges Priesterjubiläum feiern. 36 Jahre die-ser Priesterzeit hat er in den Mauern der Stadt Engen ver-bracht.

Literarische Neuerscheinungen

Deiteringer, Franz (Wien): Die Frage der Schuganpas-sungen im Tierreich mit besonderer Berücksichtigung der Färbungsanpassungen. (Wissen und Wirken, Bd. 57.) IV, 99 Sei-ten, Preis 3 RM. Karlsruhe 1929. Verlag G. Braun, Karls-ruhe i. B. — Zum ersten Male wird hier eine dem heutigen Stande der Experimentalforschung gerecht werdende, zusam-menfassende, sachlich-kritische Darstellung eines Problemkom-plexes gegeben, der in dem Kampfe um Wahrheit und Irrtum im Darwinismus im letzten Jahrhundert eine so große, vielbeachtete Rolle gespielt hat. Die Schuganpassungen, ins-besondere die Färbungsanpassungen der Tiere galten ja als eine der festesten Säulen des dogmatischen Selektionismus. Der durch zahlreiche Spezialarbeiten auf dem Gebiet bekannte Verfasser führt, zum Teil auf bisher kaum betretenen Wegen, in durchaus gemeinverständlich, lebendigen Darlegungen in die Tiefe der Probleme ein und vermittelt auch dem bisher Fernerziehenden einen klaren Einblick und ein sachlich sicher fundiertes, kritisches Urteil in diesem verworrenen und um-strittenen Gebiet.

Schiller. Seine geistige und künstlerische Entwicklung. Von Prof. Dr. H. V. Borchardt. 104 S. Gebunden 1,80 RM. (Sammlung Wissenschaft und Bildung.) Verlag Quelle & Meyer, Leipzig. — Der Verfasser zeichnet in knapper und anschaulicher Sprache ein klares Bild vom Wesen und von der Kunst Schillers, ein Bild, das in vielen Einzelheiten durchaus neuartig und originell gesehen ist. So versteht er es, unser Interesse für seinen Helden zu wecken. Wir kön-nen das Büchlein aufrichtig empfehlen.

Das deutsche Volkslied. Von Prof. Dr. A. Göbe. 130 S. Gebunden 1,80 RM. (Sammlung Wissenschaft und Bildung.) Verlag Quelle & Meyer, Leipzig. — Das ausgezeichnete Büch-lein Göbes hat sich dankenswerter Weise die Aufgabe gesetzt, die Entwicklung des deutschen Volksliedes und seine mannig-fachen Schicksale einmal in klarer, allgemeinverständlicher Sprache jedem vor Augen zu führen, der sich in die wunder-bare Welt des Liedes einführen lassen will. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Volksliedforschung werden dabei unter Vermeidung aller trockenen Gelehrsamkeit eingehend berück-sichtigt. Im ganzen ein wunderhübsches und fesselndes Büch-lein, dem wir weiteste Verbreitung wünschen.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl in Edardsbrunn. Der bisherige Bür-germeister Andreas Leiber wurde einstimmig zum Bürger-meister von Edardsbrunn wiedergewählt.

Die Stadt Pforzheim beabsichtigt, von dem 2556 Hektar großen Hagenschiefwald 1604 Hektar mit den Siedlungen See-haus und Hagenschieh nebst Georgshöhe der Gemarlung Pforzheim anzuschließen. Andere Teile des Hagenschieh sollen an die Nachbargemeinden Eutingen, Riefert, Tiefen-brunn und Würm fallen. Der Bürgerausschuß wird sich am 10. d. M. mit dem zwischen dem Domänenrat und der Stadt Pforzheim abzuschließenden Vertrag beschäftigen. Durch den Gebietszuwachs erhält die Stadt ein weiteres Steuergrund-vermögen von zusammen 2 540 100 Reichsmark Steuerwert.

Der Gemeinderat Kehl hat die Einrichtung einer Weter-linie für die freiwillige Feuerwehr beschlossen. Die Kosten für die 18 Anschlüsse betragen 1400 Reichsmark.

Der städtische Voranschlag Müllheim für 1929/30 wurde vom Gemeinderat verabschiedet. Die Umlage wird die gleiche wie im Vorjahre sein, nämlich 100 Pf. beim Grundvermögen, 40 Pf. beim Betriebsvermögen und 750 Pf. beim Gemeinde-ertrag für je 100 RM Steuerwert.

Voranschlag Waldshut. Der Gemeinderat von Waldshut verabschiedete den Voranschlag für 1929. Die Gesamtein-nahmen belaufen sich auf 930 230 RM, die Gesamtausgaben auf 1 231 930 RM, so daß der ungedeckte Aufwand 261 700 RM beträgt. Die vorläufige Gemeindesteuer wird die gleiche wie im Rechnungsjahr 1928 sein. — Ab 1. Juni sind die Strom-preise in Waldshut erhöht worden. Der Preis für Licht-strom beträgt 40, für Kraftstrom 20 Pf. die Kilowattstunde. Die Grundgebührenstromtarife erhöhen sich durchschnittlich um 50 Prozent.

Stimmliche Voranschlagsberatung. Bei den Beratungen des Durlacher Haushaltsplanes kam es bei dem Kapitel „Schule“ und beim Fürsorgeetat zu heftigen Äußerungen zwischen den beiden Fraktionen. Die Kommunisten hatten eine grö-ßere Anzahl von Zuhörern auf der Tribüne placiert, die die nötige Unterstützung zu dem kommunistischen Angriff leisten wollten. Mit Mühe gelang es, die Beratungen durchzuführen. Der Voranschlag wurde schließlich angenommen.

**Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen**

	4. Juli		3. Juli	
	Beiz	Preis	Beiz	Preis
Amsterdam 100 G.	168,37	168,71	168,37	168,71
Kopenhagen 100 Kr.	111,70	111,92	111,69	111,91
Italien . . . 100 L.	21,945	21,955	21,945	21,955
London . . . 1 Pf.	20,336	20,376	20,335	20,375
New York . . 1 D.	4,194	4,202	4,194	4,202
Paris . . . 100 Fr.	16,40	16,44	16,40	16,44
Schweiz . . . 100 Fr.	80,63	80,84	80,650	80,815
Wien 100 Schilling	58,965	59,085	58,95	59,07
Wag . . . 100 Kr.	12,413	12,433	12,41	12,43

Obstgroßmarkt in Obergirch. Der Bezirksobstgroßmarkt in Obergirch erfreut sich immer mehr eines regen Besuches. Die neue Markthalle geht ihrer Vollendung entgegen, so daß künf-tighin der Markt bei jeder Witterung ohne Störung abgehal-ten werden kann. In die Halle wird eine Verfeinerungsein-richtung nach holländischer Art eingebaut. Für die Händler werden Verpackungsräume (Vogen) errichtet.

Zu den Betriebsstillegungen in der Textilindustrie im Wie-sental. Die Baumwollweberei Ringelstein & Horn in Fahrnan ist infolge der schlechten Lage gezwungen, ein Vergleichsver-fahren anzuflehen. Zu diesem Zweck war als Vorbeugungs-maßnahme auch einer großen Anzahl von Arbeitern sowohl in Fahrnan wie in Langenau gekündigt worden. Die Ver-schlagnahme der gesamten Vorräte durch eine Bank hat nun den Betrieb im Gesamten lahmgelegt. Es soll beabsichtigt sein, die Restbestände dieser Verlagsfirma anzuflehen. Die Firma hofft, diesen Schritt der Bank wieder rückgängig machen zu können, und daß das Verfahren dazu führen wird, den Betrieb auf einer anderen Basis fortzuführen und die Kon-tursummlung zu vermeiden.

Staatsanzeiger

Landtagswahlen 1929. Das Staatsministerium hat durch Entschliebung vom 27. Juni 1929 Nr. 6609 als Wahltag für die Wahlen zum Badischen Landtag Sonntag, den 27. Oktober 1929, bestimmt.
Karlsruhe, den 3. Juli 1929.
Der Minister des Innern.
Kemmle.

Schwarzwälder Granitwerke
C. KIEDERLE
Bühl i. B.
Gegr. 1888 Tel. 41

Denkmäler, Bauarbeiten (Sockel, Stufen, Quader usw.)
Randsteine, Leistensteine, Säurebeständige u. Bodenbelag
aus säurebeständigem Material
Pflastersteine (Groß- und Kleinpflaster), Grenzsteine,
Mauersteine
sofern wir

nur aus eigenen Brüchen
Schleiferei Bildhauerei
Werkplätze — 250 Arbeiter 166

Badisches Landestheater
Freitag, 5. Juli
Volksbühne 7
Phigene auf Tauris
Von Goethe
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Emmert, Hiel, Just,
Krüger, Schulze.
Anfang 20 Ende n. 22
Preise A (0,70—5 RM)
Der 4. Rang ist für den
allgemeinen Verkauf
frei gehalten.

So, 6. Juli, zum ersten-
mal Jubelstiftungs Hochzeit,
So, 7. Juli, 1001 Nacht,
Mo, 8. Juli, Phigene auf
Tauris.

Hochbauarbeiten für das
neue Verwaltungs-
und Magazinsgebäude im Ab-
stellbahnhof Freiburg nach
den vom Reichsverbindungs-
ausschuß aufgestellten all-
gemeinen Bestimmungen
für die Vergabe von
Bauleistungen öffentlich zu
vergeben: a) Verputzarbeiten,
b) Fußbodenbeläge und
Wandbekleidungen,
c) Schmießeiserne Fenster,
d) Schreinerarbeiten,
e) Schreinerarbeiten:
Riemenböden, f) Schlosser-
g) Maser, h) Installations-
i) Anstreicher, k) Tapezier-
arbeiten, l) Rolladenliefer-
ung, Pläne u. Bedingnis-
heft. b. Reichsbahnbauamt
Freiburg, Wilhelmstr. 48 II,
Zimmer 12 zur Einsicht;
dasselbst auch Angebotsbor-
den, solange Vorrat reicht;
kein Versand nach auswärts;
Angebote mit entsprechender
Aufschrift, postfreibis 18.7.29,
16 Uhr bei mir einzureichen.
Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Freiburg, 2. Juli 1929
Reichsbahnbauamt. §. 205

Städtische Sparkasse Hohenheim
(Öffentliche Spar- und Kreditanstalt)
Bilanz auf 31. Dezember 1928

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kasse	39 960,34	1. Spareinlagen	1 479 452,93
2. Kontokorrente	551 153,33	2. Kontokorrente	73 964,35
3. Hypotheken	881 358,20	3. Zentral giro	57 020,87
4. Schuldschein	182 741,—	4. 3%iger freiwilliger Zins- zuschuß an die Auf- wertungsparer	7 679,04
5. Discontowechsel	20 448,02	5. Reservefonds	120 425,72
6. Zinsschuldenschein	407,65	6. Sonderrücklagefonds	2 984,95
7. Gemeindepfandbriefe	40 000,—	7. Steuerrücklage	3 500,—
8. Postsparkassen	1 499,55	8. Neubaufonds	10 000,—
9. Zentralbetriebskapital	51 500,—	9. Erbschafts- und die Aufwertungsmafie	31 054,52
10. Goldmarkzinsrückstände	4 598,08	Aufwertung:	
11. Vorkäufe u. Wiederer- schuß (Betr.-Kosten)	636,01	10. Gef. Aufw.-Spareinlagen betragen	369 875,22 RM
12. Bauplatz	14 255,—	ab vorzeitig geleistete Rückzahlung 104 422,27 RM	265 452,95
13. Immobilien	1,—	11. Aufwertungsstock	8 254,10
14. Mobilien	1,—		
15. Erbschafts- und die Aufw.-Masse	3 132,20		
Aufwertung:			
16. Hypotheken	210 542,63		
17. Gemeindepfandbriefe	32 001,—		
18. Erbschafts- und die Aufw.-Masse	31 054,52		
19. Zinsen	108,90		
	2 065 398,43		2 065 398,43

Zu den Aufwertungs-spareinlagen sei vermerkt:
1. bis 1. I. 1929 waren 28%, aller Ansprüche zurückbezahlt;
2. die Sparkasse leistet für das Jahr 1928 zu den gefäll. Zinsen einen frei-willigen Zinszuschuß von 3%, an die Ende 1928 noch bestehenden Guthaben;
der Zinszuschuß wird der vereinfachten Verbuchung wegen mit den 1928er Zinsen
aufgeschrieben.

Berechnung der Rücklagen:
Der gefäll. Reservefonds hat zu betragen
8% aus 1 558 417,28 RM Gef.-Einlagen 124 673,64 RM
Der gefäll. Reservefonds beträgt 120 425,72 RM
Sonach fehlen 4 247,92 RM
Hohenheim, den 27. Juni 1929.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats
Klein, Bürgermeister.
Der Geschäftsführer:
Engelbert, Verwalter.

Deutscher Musikerverband
Sonntag, 7. u. 14. Juli
11^{1/2}, 4 und 8 Uhr
Schüler-Vorspiele
im Bürgeraal des Rathauses

Dauerkarte 1,50 RM.
Einzelvorspiel 0,50 RM.
Program 20 Pf.

**Inserieren
bringt Gewinn!**

Pianos
Neu und geputzte
In jeder Preislage,
vom billigsten Lehr-
Klavier bis zum
kostbarsten Flügel.
Ludwig
Schweigsut
Karlsruhe i. B.
Erdprinzensstr. 4
balm Rondelpfatz.

Möbel
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer
Karlsruhe Zahlungs-erleichterung. Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise 492

Nehmen Sie
bitte bei allen Einkäufen
und Bestellungen Bezug
auf die Anzeigen in der
„Karlsruher Zeitung“
Schopfheim, 1. Juli 1929
Bad. Amtgericht.

Schopfheim §. 195
Eintrag zum Güterrechts-
register Band I Seite 365:
Jünger Ernst, Fabrikarbeiter
in Fahrnan und Maria
geb. Straub. Vertrag vom
12. Juni 1929: Güter-
trennung.
Schopfheim, 1. Juli 1929
Bad. Amtgericht.

Erbenaufruf
Die am 27. Februar 1863
zu Köln geborene Maria
Emilie Müller ist am 22.
Februar 1929 zu Freiburg
im Breisgau, ihrem letzten
Wohnsitz, gestorben. Ihre
Erben sind unbekannt. Die
Verstorbene hatte eine
Schwester Klara Luise
Müller, geboren am 5. Juli
1859 zu Adin, die sich nach
Düsseldorf verbeiratet hat-
ben soll. Eina in Veracht
kommende Erben der Maria
Emilie Müller werden auf-
gefordert, ihr Erbrecht bin-
nen einer Frist von vier
Wochen beim unterzeich-
neten Nachlassgericht anzu-
melden und nachzuweisen.
Freiburg i. Br., 29. Juni 29
Notariat I 204
als Nachlassgericht